

[Startseite](#) | [Bern](#) | Heim- und Verdingkinder: Ausgerechnet die Stadt Bern verpatzt Gedenk Anlass für Opfer

Abo Heim- und Verdingkinder

# Ausgerechnet die Stadt Bern verpatzt Gedenk Anlass für Opfer

Weil es die Stadt nicht schaffte, genügend Interessierte anzulocken, werden ehemalige Heimkinder erneut selber aktiv.



[Naomi Jones](#)

Publiziert: 02.06.2023, 18:39



Die Gedenkfeier für die Opfer der administrativen Versorgung hätte im Haus der Generationen stattfinden sollen.

Foto: Franziska Rothenbühler

Gut 160 Gemeinden führen im Kanton Bern derzeit Gedenkveranstaltungen für die Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen durch. Nur die Bundesstadt nicht.

Zwar wollte die Stadt Bern am 6. Juni im Generationenhaus einen Erinnerungsanlass durchführen. Auch Gemeinderat Reto Nause hätte ein Wort an die Betroffenen richten wollen. Doch die Stadt sagte den Gedenk Anlass wieder ab.

Knapp zwei Wochen vor dem Anlass gab es nur sieben Anmeldungen, wie der Berner Stadtarchivar Roland Gerber sagt. «Es wäre dem Gemeinderat und den Betroffenen nicht gerecht geworden, wenn sie vor leeren Rängen hätten sprechen sollen», begründet er den Entscheid. Gerber hätte den Gedenk Anlass zusammen mit der städtischen Kesb-Leiterin Esther Meier organisieren und durchführen sollen.



Die Historikerin Tanja Rietmann ist Expertin für die Geschichte der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen.

Foto: Franziska Rothenbühler

Tanja Rietmann, Historikerin und Expertin für die Geschichte der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen in der Schweiz, findet dies «peinlich». Bern sei als Bundes- und Kantonshauptstadt gewissermassen im Zentrum des Verdingkinderwesens gestanden. Die meisten Betroffenen von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen, die vom Bund eine Solidaritätszahlung erhalten hatten, stammen aus dem Kanton Bern.

Zwar gibt es laut der kantonalen Staatsarchivarin Barbara Studer keine konkreten Zahlen, wie viele Menschen von Fremdplatzierung, Verdingung oder anderen Formen fürsorgerischer Zwangsmassnahmen in der Stadt Bern betroffen waren.

## Junge Frauen gebären uneheliche Kinder in der Stadt

Aber sie kann sagen, wie viele heute lebende Menschen im Zusammenhang mit solchen Massnahmen beim Staatsarchiv ein Gesuch um Akteneinsicht gestellt haben: Für die Stadt Bern waren es 538 Personen. Diese Personen waren entweder in Bern platziert, oder ihre Eltern lebten zum Zeitpunkt der Platzierung in Bern. Zum Vergleich: Für Köniz gingen 66 Gesuche ein, für die Stadt Biel 155.



Staatsarchivarin Barbara Studer hilft Betroffenen beim Suchen ihrer Akte.

Foto: Christian Pfander

Es sei anzunehmen, dass die Stadt deutlich mehr Kinder als andere fremdplatziert habe, sagt Studer. In der Stadt habe es etwa mehr uneheliche Kinder als anderswo gegeben, weil viele junge Frauen aus der Umgebung zum Gebären ins Frauenspital gekommen seien.

Dort hätten sie oft schon vor der Niederkunft als Hilfspflegerinnen gearbeitet und sich so die Kosten für Geburt und Wochenbett verdient. Zudem fanden alleinstehende Frauen in der Stadt eher eine Arbeit als auf dem Land.

## **Wichtige Anlässe für die Betroffenen**

Dass ausgerechnet die Stadt Bern ihren Anlass verpatze, sei der Bedeutung des Themas nicht angemessen, sagt die Historikerin Tanja Rietmann. «Es tut mir weh, weil solche Anlässe den Betroffenen viel bedeuten.» Für diese sei es wichtig, dass sich hohe Politiker direkt und respektvoll an sie wendeten. In der Regel seien etwa Podiumsgespräche zum Thema sehr gut besucht.





An der kantonalen Erinnerungsfeier in Köniz Ende Mai war die Politik stark vertreten. In der ersten Reihe sitzen die Regierungsräte Christoph Neuhaus (SVP) und Evi Allemann (SP), Alt-Bundesrätin Simonetta Sommaruga (SP), Gemeindepräsidentin Tanja Bauer (SP) und Regierungsratspräsidentin Christine Häsler (Grüne).

Foto: Franziska Rothenbühler

Warum also war das Interesse am städtischen Anlass so gering? Mitorganisator Gerber mutmasst, dass die Zeit und der Ort ungünstig gewählt gewesen seien. Zudem habe nur kurze Zeit vorher in Köniz der viel grössere vom Kanton organisierte Gedenk Anlass stattgefunden.

Rietmann hingegen nimmt an, dass für viele Interessierte die Anmeldepflicht schlicht nicht ersichtlich war. «Ich wollte selbst mit ein paar Leuten hingehen, es war mir aber nicht bewusst, dass man sich anmelden sollte», sagt Rietmann.

## Grube-Bub wird aktiv

Heinz Kräuchi hat eine andere Interpretation. Er war als Kind Opfer einer Fremdplatzierung im berühmten Könizer Knabenheim Grube. Zusammen mit anderen

ehemaligen Heimkindern und einer Gruppe von Historikerinnen und Journalisten hat er letztes Jahr ein Buch über die Geschichte des Heims publiziert, nachdem ein den Grube-Buben gewidmetes Buch vernichtet worden war.

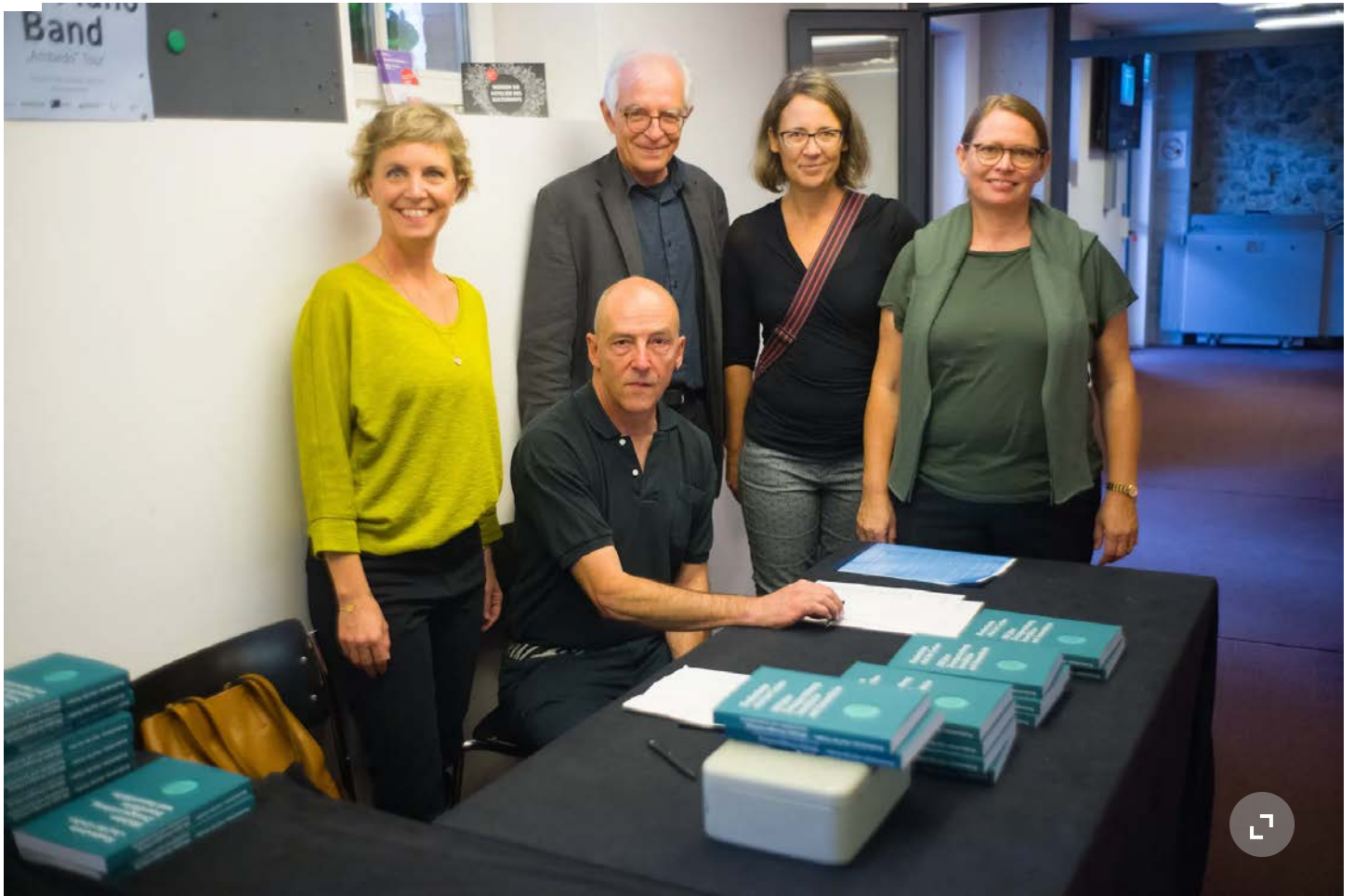
---

**«Betroffene wollen die Politiker und Behörden erst spüren, bevor sie sich als Opfer von Zwangsmassnahmen zu erkennen geben.»**

Heinz Kräuchi, ehemaliges Heimkind

---

Kräuchi vermutet, dass sich viele interessierte Betroffene nicht für die Gedenkveranstaltung angemeldet hätten, weil sie den Behörden noch heute nicht trauten. Deshalb seien sie im Umgang mit ihren Daten sehr vorsichtig und wollten diese auch nicht für eine Veranstaltung hinterlegen. «Betroffene wollen die Politiker und Behörden erst spüren, bevor sie sich als Opfer von Zwangsmassnahmen zu erkennen geben.» Oder sie wollten lieber spontan entscheiden, ob sie sich den Erinnerungen gerade aussetzen möchten oder nicht.



Zusammen mit Historikerinnen, Journalisten und weiteren Betroffenen hat der ehemalige Heimbub Heinz Kräuchi (sitzend) die Geschichte des Knabenheims Grube nach der Vernichtung des ersten Buches wieder publiziert.

Foto: Enrique Muñoz García

Als Kräuchi vernommen hat, dass die Berner Gedenkfeier abgesagt worden ist, ist er einmal mehr aktiv geworden. Nun organisiert Kräuchi den Anlass selbst. Stattfinden soll er im kantonalen Staatsarchiv. Das Datum war bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt. Kräuchi rechnet damit, dass die Gedenkfeier noch im Juni stattfinden wird.

---

**Naomi Jones** ist Redaktorin im Ressort Bern. Sie schreibt vorwiegend über Bildung. Aber immer gerne auch über Umwelt, Politik, Themen aus der Agglomeration oder über Tagesaktuelles. [Mehr Infos](#)

Fehler gefunden? [Jetzt melden.](#)

**7 Kommentare**

